

Abschließend geht der Forschungsblick fast zwangsläufig in die Hauptstadt **Berlin**, die eine national wie international bedeutsame Kulturszene in den Darstellenden Künsten und darüber hinaus aufweist, die ihresgleichen sucht. Aus dieser Rolle und der überregionalen Anziehungskraft für Künstler*innen etc. ergeben sich aber auch Herausforderungen, denen sich der Stadtstaat mit der notorisch schwierigen Finanzlage stellen muss. Gleichzeitig sind diese etwas anders gelagert als beispielsweise in **NRW**. Die Freie Szene hat in Berlin eine in Deutschland unvergleichliche Präsenz und Plattform, dennoch gibt es auch hier enorme Diskrepanzen in den Förderstrukturen und -chancen sowie in der gerechten Verteilung von Mitteln u.v.m. Auch auf die Kulturmetropole Berlin kommen in den nächsten Jahren große Herausforderungen zu, die hier zusammengetragen und analysiert werden sollen.

5. Berlin: Profitieren die Darstellenden Künste von der Kulturpolitik? (Rebecca Rasche)

Über 20.000 professionelle Künstler*innen arbeiten in Berlin und gestalten mit den mehr als 160.000 Beschäftigten in der Kultur- und Kreativwirtschaft das Leben der Stadt, so der Kulturförderbericht von 2011.²⁶⁴ Besonders die Theaterlandschaft in Berlin mit ihren rund 100 öffentlichen, privaten und freien Häusern sowie Festivals stellt sich vielfältig und komplex dar – für die Kulturpolitik eine enorme Herausforderung. Klaus Lederer (Die Linke), Kultursenator seit 2016, sagte 2019 über seine Arbeit: »Berlin ist Kulturhauptstadt Deutschlands, vielleicht sogar Europas, und da ist mein Bereich sehr relevant«. ²⁶⁵ Diese Relevanz der Kunst und Kultur in Berlin zu fördern, zu begleiten und zu legitimieren, ist die Aufgabe der Kulturpolitik. Die Vielfalt und den Reichtum der Berliner Kulturlandschaft gilt es national, aber auch international darzustellen. Dies ist eine große und immerwährende Herausforderung für die Kulturpolitik der Hauptstadt. Obwohl es mittlerweile in anderen Bundesländern üblich ist, existiert in Berlin auf Landesebene jedoch kein Kulturentwicklungskonzept. Wie zukunftsfähig ist also die Arbeit und Unterstützung der Kulturpolitik für die Künstler*innen und ihre Kunst?

5.1 Das Bundesland Berlin

In der Hauptstadt Deutschlands wohnen knapp 3,7 Mio. Menschen (Stand 2019)²⁶⁶. Laut der Webseite des Berliner Senats sind davon 1.527.912 Menschen beschäftigt und 152.565 arbeitslos. Der Altersdurchschnitt liegt bei 42,7 Jahren, damit ist Berlin eine vergleichsweise junge Stadt, 31 % der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt.²⁶⁷ Durch die vier großen Universitäten in Berlin treffen dort an die 100.000 Studierende zusammen, davon ein

264 Wowereit, Klaus/André Schmitz (2011): *Kulturförderbericht 2011 des Landes Berlin*, Berlin.

265 Schulz, Bert (2019): *Ich mache wohl nicht alles falsch*, TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH [online], <https://taz.de/Berlins-Kultursenator-Klaus-Lederer!/5646050/> [04.06.2021].

266 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (o. D.): Bevölkerungsstand, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg [online], <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/bevoelkerung/demografie/bevoelkerungsstand> [05.05.2021].

267 Ebd.

Fünftel aus dem Ausland. Darüber hinaus arbeiten und forschen etwa 20.000 Menschen an den Universitäten.²⁶⁸ Kinder und Jugendliche machen etwa 16,5 % der Gesellschaft aus. Die Bevölkerung der größten Stadt Deutschlands soll bis 2030, so die Prognose, um 4,7 % zunehmen.²⁶⁹

Seit 2011 reduzieren das Land und die Stadt Berlin die Gesamtverschuldung in kleinen Schritten. Laut der Senatsverwaltung für Finanzen betrug sie im Jahr 2020 63,71 Mrd. €. Mit Blick auf die vergangenen zehn Jahre hat sich die Haushaltslage kontinuierlich verbessert. Nachdem der Haushalt Berlins im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mrd. € erhöht wurde, liegt er im Jahr 2021 bei 32 Mrd. €. ²⁷⁰ Im Juni 2021 wurde ein Doppelhaushalt für das Jahr 2022 in Höhe von 34 Mrd. € und für das Jahr 2023 von 36 Mrd. € verabschiedet. ²⁷¹ Bis Winter 2021 war Michael Müller (SPD) der Regierende Bürgermeister in Berlin. Unter ihm bilden Senator*innen die Regierung mit zehn weiteren Senatsverwaltungen. Für die Legislaturperiode von 2016 bis 2021 gab es eine Koalitionsvereinbarung von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen unter dem Motto: »Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen.« Seit Dezember 2021 ist Franziska Giffey (SPD) die Regierende Bürgermeisterin von Berlin.

5.2 Das Modell Berlin: Kulturpolitik der drei Ebenen auf engstem Raum

Die Kulturpolitik in Zahlen und Fakten

In Berlin existieren verschiedene Regierungssysteme und Organe auf unterschiedlichen Ebenen. In der Landesregierung bildet der Senat von Berlin das Verfassungsorgan und bestand in der vergangenen Legislaturperiode (bis Winter 2021) aus elf Senator*innen (SPD: 5, Linke: 3, Grünen: 3). Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa wird vom Politiker Dr. Klaus Lederer (Die Linke) geleitet, Staatssekretär für Kultur ist Dr. Torsten Wöhler (Stand: Winter 2021). Der Kultursenator Berlins fördert auf Landesebene die Bereiche Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Literatur und Musik. Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel die öffentlichen Theater, werden in der Regel langfristig und institutionell gefördert, nur ein kleiner Teil der Förderung kommt Projektanträgen freier Künstler*innen zugute. Die Struktur der Kulturpolitik, aber auch die Vielzahl der Theater und freien Künstler*innen, die bedacht und abgedeckt werden müssen, stellen eine besondere Situation dar. So sind etwa 100 Bühnen in Berlin förderungswürdig, davon zehn öffentliche und 19 private Theater. Die Freie Szene bespielt viele weitere Bühnen und Räumlichkeiten. Berlin verfügt zudem über drei Staatsoper, das gibt es sonst in keinem anderen Bundesland, drei öffentliche Schauspielhäuser im Rang von Staatstheatern, ein Tanztheater, zwei Konzerttheater und ein Kinder- und Jugendtheater. ²⁷² Geleitet werden die

268 Senatskanzlei (o. D.): Universitäten, Wissenschaft und Forschung [online], <https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/einrichtungen/hochschulen/universitaeten/> [24.04.2021b].

269 Senatskanzlei (o. D.): *Zahlen und Fakten*, Berlin im Überblick [online], <https://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/zahlen-und-fakten/> [24.04.2021c].

270 Senatsverwaltung für Finanzen (o. D.): *Haushaltspläne von Berlin*, Senatsverwaltung für Finanzen [online], <https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/haushaltsplan/artikel.5697.php> [10.05.2021a].

271 Ebd.

272 DBV (2020).

öffentlichen Theater in der Regel jeweils von Intendanz und Geschäftsführung, welche für die Durchführung von über 350.000 Veranstaltungen p. a. verantwortlich sind.²⁷³

Tabelle 16: Anzahl der Bühnen der darstellenden Künste in Berlin²⁷⁴

	Öffentlich	Privat	Frei	Produktionshäuser	Festivals	Summe
Anzahl der Bühnen der darstellenden Künste in Berlin	10	19	50	3	16	98

Für die vielen Theater und Veranstaltungen erhielt der Senat für Kultur und Europa 2020 vom Landeshaushalt 2,55 % des Gesamthaushalts, das sind 790 Mio. €. Der Gesamthaushalt betrug 2020 31 Mrd. €. Im Senat für Kultur und Europa geht der größte Anteil in Höhe von 83,07 % oder 657 Mio. € an den Bereich Kultur, ähnlich wie im Jahr zuvor, ist aber mittelfristig tendenziell gesunken. Im Jahr 2018 betrug der Anteil noch 83,59 %. Auch 2017 waren die Zahlen hoch, wie die Pro-Kopf-Ausgaben mit 200 € zeigen. Im Vergleich dazu: Die durchschnittlichen Ausgaben lagen damals bundesweit bei 114 € pro Einwohner*in.²⁷⁵ Von den Kulturausgaben gingen im Jahr 2020 etwa 46 % an die Theater. 2017 betrug dieser Anteil der Ausgaben noch 53 %. Monetär ausgedrückt sind das ca. 305 Mio. € (2020) für Theater in Berlin, inklusive Investitionszuschüsse o. ä.²⁷⁶

Tabelle 17: Ausgaben für Kultur und Theater in Berlin²⁷⁷ B: Brutto: insg. ausgewiesene Finanzierung, N: Netto: direkt ausgewiesene institutionelle Förderung

	Ausgaben für Kultur in €	Ausgaben für Theater in €	Anteil der Ausgaben für Theater an Ausgaben Kultur
2020	656.748.900	B: 305.169.000 N: 287.622.000	B: 46,47 % N: 43,80 %
2019	598.220.100	B: 283.982.000 N: 275.250.000	B: 47,47 % N: 46,01 %
2018	605.589.700	B: 276.873.000 N: 268.819.000	B: 45,72 % N: 44,39 %

273 Ebd.

274 DBV (2021); Senatsverwaltung Finanzen (2021).

275 DBV (2021).

276 Senatsverwaltung Finanzen (2021).

277 Senatsverwaltung Finanzen (2021).

2017	483.745.600	B: 256.111.000 N: 249.747.000	B: 52,94 % N: 51,63 %
------	-------------	----------------------------------	--------------------------

Der Fokus liegt bei der Kulturfinanzierung besonders auf den großen Häusern. Von den Kulturausgaben insgesamt erhält die Stiftung Oper in Berlin die größte finanzielle Unterstützung (26 %, Stand 2019), die Zuschüsse für die öffentlichen Theater und die sonstigen Privattheater lagen bei 21,5 %.²⁷⁸ Hier könnte sich die Kulturpolitik folgende Frage stellen: Brauchen wir drei Staatsopern und drei Schauspieltheater in Berlin und sollen diese die größte finanzielle Unterstützung der Kulturausgaben erhalten? »Es gibt eine Monokultur. Die Sprechtheater sind doch alle gleich. Das kann glaube ich eine Politik mit einer anderen Vision viel mutiger gestalten«, meint die Intendantin eines Produktionshauses in Berlin.²⁷⁹ Eine weitere Stimme aus der Freien Szene sagt:

Ich würde mir wünschen, dass die Kulturpolitik im Grunde mal das Gespräch suchen würde und die Leute kennenlernt. Da gibt es bezahlte Abgeordnete, die sich das Thema als Schwerpunkt gesetzt haben. Die müssen doch nicht nur die Big Player kennen.²⁸⁰

Kulturplanung – Bestandsaufnahmen und Konzepte

Die hohe Dichte an Kultur ist der Geschichte Berlins geschuldet. Mit der Wende im Jahr 1989 und der folgenden Vereinigung von Ost- und Westberlin vergrößerte sich die Kulturlandschaft enorm und damit die Anzahl der Theater. Neben den öffentlichen Theatern haben sich besonders viele freie Gruppen in Berlin über die letzten Jahrzehnte niedergelassen. So wurde Berlin auch Hauptstadt für die Freie Szene. Diese kulturelle Vielfalt in allen Sparten ist einzigartig in Deutschland, und Berlin lebt von seinen kulturellen Ereignissen. Menschen aus aller Welt bereisen die Hauptstadt, um die vielen Veranstaltungen der Darstellenden Künste zu besuchen. »Die Kultur in Berlin hat eine magnetische Wirkung«, sagt eine ehemalige Geschäftsführerin eines Privattheaters in Berlin. Sie führt fort: »Die Kulturpolitik sollte mehr in die Kunst und Kultur investieren, weil der wichtigste Punkt ist, dass in der Kultur Return und Investment immer überein liegen.«²⁸¹ Warum wird die Kultur in Berlin dann nicht wie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor behandelt? Wenn Kultur in Berlin einen so hohen Stellenwert hat, wieso gibt es dann keine Konzepte oder Planungen für die Zukunft der Kunst und der Künstler*innen? In der Koalitionsvereinbarung von 2016, in der unter der Überschrift »Berlin Gemeinsam Gestalten« auch ein Unterkapitel zum Thema »Kultur- und Medienmetropole Berlin« verfasst wurde, findet sich ein Absatz mit der Überschrift »Kulturpolitische Leitlinien für Berlin entwickeln«:

In einem gemeinsamen Verfahren zwischen Politik, Verwaltung und Kulturpraktiker*innen wird die Koalition Strategien zur weiteren Entwicklung der Kulturszene

278 Ebd.

279 B 1.

280 B 2.

281 B 3.

und einzelner Sparten kulturpolitische Leitlinien und Visionen für Berlin erarbeiten. Um diese Weiterentwicklung am tatsächlichen Bedarf orientiert zu gestalten, wird die Koalition ihre Planungsgrundlage verbessern, indem sie zusätzlich zu bewährten datenbasierten Instrumenten z.B. (Nicht-)Nutzer-Befragungen erstellt.²⁸²

Die erarbeiteten kulturpolitischen Leitlinien lassen sich in den Richtlinien der Regierungspolitik 2016-2021 finden. Insgesamt hat die Senatsverwaltung für Kultur und Europa zehn Richtlinien für ihre Legislaturperiode verfasst:

1. Teilhabe stärken, Zugänge erleichtern
2. Schwerpunkt Bezirkliche Kulturarbeit
3. Digitalisierung
4. Freie Szene stärken, Arbeitsbedingungen verbessern
5. Investitionsoffensive für die kulturelle Infrastruktur starten
6. Kultureinrichtungen zukunftsfähig, sozial und transparent aufstellen
7. Humboldt Forum vollenden
8. Erinnerungs- und Gedenkkultur weiterführen
9. Kulturelle Vielfalt unterstützen
10. Denkmalschutz stärken

In diesen Leitlinien werden wichtige Punkte aufgenommen, allerdings ohne konkrete Zielsetzungen. Bei genauerer Betrachtung der Leitlinien fällt auf, dass zum Beispiel der Punkt 6 (Kultureinrichtungen zukunftsfähig, sozial und transparent aufstellen) im Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft in der Legislaturperiode 2016-2021 kaum umgesetzt wurde. Entscheidungen der Kulturpolitiker*innen finden nach wie vor hinter verschlossenen Türen statt, »Intendantengehälter werden nicht offengelegt und ein soziales Verhalten zwischen den großen und den kleinen Häusern ist auch noch Wunschdenken«²⁸³, beschreibt ein freischaffender Regisseur die Situation. Besonders die freien Gruppen sprechen die Intransparenz und das unsolidarische Verhalten an. Eine der bekanntesten freien Gruppen Deutschlands fragt sich:

Warum finden Entscheidungen im Hinterzimmer statt, wie z.B. die Frage wer wird Intendant? Wir müssen diese Dinge hinterfragen. Wer trifft eigentlich diese Entscheidungen und warum diese Person? Da spielt auch der Punkt des Machtmissbrauchs mit hinein. Die Kulturpolitik muss sich mehr an diesen Diskursen beteiligen.²⁸⁴

Eine weitere erfolgreiche freie Gruppe fordert die Kulturpolitik auf, Intendantengehälter öffentlich zu machen, was bisher nicht der Fall ist: »Das ist wirklich nicht zu rechtfertigen.«²⁸⁵ Zur Erreichung der Ziele des o.g. Punktes 6 müssen also unbedingt konkretere Maßnahmen beschlossen werden. Eine Strategie, wie die freie Gruppe ergänzt, stellt die

282 Sozialdemokratische Partei Deutschlands/DIE LINKE/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2016): *Koalitionsvereinbarung 2016–2021*, Senatskanzlei [online], <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung/> [04.05.2021]. 120.

283 B 4.

284 B 5.

285 B 6.

eventuelle Umverteilung der Kulturfinanzierung dar, zwischen der Freien Szene und den Theatern, und auch innerhalb der öffentlichen Theater: »Das Problem existiert aber auch am festen Haus selbst, was Regisseur*innen verdienen und Anfänger*innen im NV-Solo, steht in keinem Verhältnis. Man muss generell auf die Strukturen schauen und von Umverteilung sprechen.« Auch die GDBA wünscht sich in diesem Punkt mehr Aufklärung und Transparenz. Sie fordert »Mitspracherecht des Ensembles bei Intendantenwahlen« und »die Gleichstellung bei Produktionen für Freischaffende an öffentlichen Häusern, vor allem in Bezug auf Urlaub, Ausfall von Vorstellungen.«²⁸⁶ Um diese Ziele zu erreichen und die Solidarität zwischen den Kultureinrichtungen herzustellen, schlägt die GDBA vor, dass die Leitungskräfte in Theatern sich vorab weiterbilden lassen sollten: »Die soziale Kompetenz fehlt sehr oft. Generell fehlt die Kompetenzbildung am Theater. Da gibt es wirklich Bedarf.«²⁸⁷ Weiterhin schlägt die GDBA eine verbesserte Informationsarbeit vor, um diesen Punkt zu erfüllen: »Auch wir müssen die Leute besser informieren: Wie kann ich mich absichern? Wie kann ich meine Rechte bekommen? Welche Rechte habe ich eigentlich? Wir müssen mehr Vertragsberatung anbieten!«²⁸⁸ Sie selbst gehen aber zuversichtlich in die Zukunft: »Wir bekommen jetzt eine Präsidentin in der GDBA. Da sind natürlich viele Dinge, die reformiert werden sollen, was auch nötig ist. Es ist gut, dass sich was in der GDBA bewegt.«²⁸⁹

Mit genauerem Blick auf eine der o.g. Leitlinien können, mit Einbeziehung wichtiger Player der Szene, Instrumente entwickelt werden, um das Ziel mess- und erreichbar zu machen. So sind kulturpolitische Leitlinien ein Anfang, sie müssen aber bei einer Stadt, in der die Kultur eine bedeutende Rolle spielt, in konkretere und ausführlichere Kulturkonzepte, Theaterentwicklungsplanungen o. ä. münden. »Wir brauchen mehr Kulturentwicklungspläne. Das ist momentan, wenn überhaupt, Bezirkssache.«²⁹⁰ Das wünscht sich die LAG Kultur der Grünen in Berlin. Dafür war aber laut der Verwaltung im Senat Kultur und Europa keine Zeit. »Der Kulturentwicklungsplan war in dieser Legislaturperiode immer angedacht. Wir sind eine kleine Verwaltung. Deswegen wurde das nicht angegangen.«²⁹¹ Jetzt müsse man erst einmal die Wahlen im September 2021 abwarten, so die Senatsverwaltung in dem Interview (im Frühjahr 2021). Und schon wieder kommt es zu einer Verzögerung und einem Reformstau bei der Umsetzung von wichtigen Maßnahmen.

Um die Lebensbedingungen und die Zukunft von Künstler*innen zu sichern und eine Vielfalt zu garantieren, müssen konkretere Maßnahmen und Instrumente erörtert werden, damit die groben Leitlinien der Koalitionsvereinbarung erreicht und eine Form der Verbindlichkeit geschaffen wird. Über die fehlende Verbindlichkeit der Politik berichtet auch der Landesverband freie darstellende Künste Berlin e. V. (LAFT), der vor allem moniert, dass die Institutionalisierung, eine auskömmliche Finanzierung und ein Rat der freien Künste fehlen:

286 B 7.

287 Ebd.

288 Ebd.

289 Ebd.

290 B 8.

291 B 9.

Man hat auch das Gefühl, das ist in keinsten Weise institutionalisiert, es gibt keinen Kulturrat, keine Vertreter für alle freien Künste zusammen. Nur wenige Verbände haben eine Struktur. LAFT hat keinen Cent, es ist eine Projektstelle für eine Service-Leistung. Wir haben keinerlei Verbindlichkeit. Das beruht auf good will und nicht auf einer Verbindlichkeit und das fällt nicht auf, weil es ja alles so super läuft. Aber: Kulturdesinteressierte Regierung, und dann?²⁹²

Damit Konzepte für die Kultur in Berlin entstehen können, werden Bestandsaufnahmen der Darstellenden Künste, z. B. regelmäßige Förderberichte, benötigt. Aber auch da wünschen sich besonders die freien Künstler*innen mehr Evaluation von unabhängigen Stellen bzw. von wissenschaftlichen Beiräten.

Wir brauchen ein besseres Berichtswesen, Förderberichte, Querschnittsziele, mehr transparente Berichte in regelmäßigen Abständen und Vereinbarungen über Ziele und dann Reports über das Erreichen im Nachhinein. Erst dann kann man gut zuarbeiten und in einen Dialog auf Augenhöhe treten. Dafür braucht es natürlich auch mehr Menschen in der Verwaltung, weil sie eine enorme Belastung haben.²⁹³

Eine neu eingerichtete Beratungsstelle für kulturelle Angelegenheiten in Berlin könnte dafür sorgen, dass auch die Erhebung der Gleichstellungsdaten weiter vorangetrieben wird. »Es gab in den vergangenen Jahren einige Erhebungen, das war aber sehr binär. Rassismus, Disability und queere Positionen wurden nicht wirklich mitgedacht. Es ist so wichtig, dass es Zahlen und Daten gibt.«²⁹⁴ Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016 wurde wie im Koalitionsvertrag festgehalten im folgenden Jahr eine Beratungsstelle eingerichtet, seitdem hat hier eine Institutionalisierung stattgefunden. Die Aufgaben reichen von Fortbildungsangeboten im Bereich Antidiskriminierung, Empowerment für marginalisierte Kulturschaffende bis hin zu Handlungsempfehlungen und Beratungen im Austausch mit dem Berliner Kultursenat. Die Einführung dieser Beratungsstelle, betonen die Interviewpartner*innen, war ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Die Mitarbeiter*innen waren zunächst zuversichtlich, wünschen sich jedoch mehr Aktion vonseiten der Kulturpolitik:

Das Zusammenspiel mit der Kulturpolitik ist ein schleichender Prozess. Vergangenes Jahr wurde ein regelmäßiger Austausch etabliert, was gut ist, aber es sind einzelne Akteur*innen, die da engagiert sind. Wir vermissen da aber eine tatsächliche Verbindlichkeit. Wir warten bis heute darauf, dass sich die Politik stärker mit dem Kulturbereich auseinandersetzt [...] Wir sind als Beratungsstelle eingerichtet worden, und werden von Verbänden, Einzelnen, Institutionen kontaktiert. Wir geben dann Aspekte weiter an den Senat, wie und ob sie da was umsetzen, liegt an ihnen.²⁹⁵

Der Senat ruhe sich auf dem Gedanken aus, nun für »diese Art von Problemen« eine Beratungsstelle eingerichtet zu haben, und verweise schnell auf diese, meinen die Interviewteilnehmer*innen. »Im Rückkehrschluss vermissen wir ein bisschen, dass die Dinge

292 B 10.

293 B 3.

294 B 11.

295 B 11.

dann auch umgesetzt werden, wenn wir was empfehlen.«²⁹⁶ Die Beratungsstelle selbst versucht eine Transparenz und Verbindlichkeit zu schaffen und ein Monitoring an verschiedenen Stellen einzurichten. Auf der Webseite sind bereits verschiedene Publikationen veröffentlicht. Sie möchten weiterhin Diversity-Check-Umfragen durchführen mit dem Ziel, Gleichstellungsdaten im Kulturbereich zu erheben. »Wir arbeiten auch viel mit Feedback über unsere Arbeit, was gut ist. Wir bekommen auch viel Feedback über die Fördersituation, damit wir dann mit dem Senat sprechen können.«²⁹⁷ Um diese Transparenz und Verbindlichkeit selbst schaffen zu können, sieht die Beratungsstelle es als hilfreich an, wenn die Kulturpolitik auf Landesebene noch mehr und konkretere Ziele verfasst. Sie möchten, dass z.B. Antidiskriminierungsmaßnahmen in die Ziele aufgenommen werden und diese letztlich auch greifen.

Das Land Berlin arbeitet an einem Konzept für die ganze Stadt – es befindet sich im Prozess der *Stadtentwicklungsplanung 2030*.²⁹⁸ Für dieses Konzept wurden auf 80 Seiten die wichtigsten Themen für den Senat Berlin aufgeführt. Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird auf drei bis vier Seiten erwähnt, allerdings auch hier mit fehlenden fachlich-qualitativen Vorschlägen für Instrumente und Maßnahmen. Dass in der Stadtentwicklung die Kultur eine der größten Rollen spielen sollte, wird durch die verschiedenen für die Studie durchgeführten Interviews deutlich. So sagt die künstlerische Leitung eines Produktionshauses in Berlin:

Stadtentwicklung sollte nicht ohne Kultur gedacht werden. Es gibt keine Bühnen draußen, die von der Stadt kommen, die Infrastruktur ist nicht da. Wir haben keine Räume. [Wir] haben keine Probenräume. Gruppen kommen mit Förderung zu uns ans Haus und müssen sich immer selbst Probenräume suchen. Die Raumfrage ist eklatant. Kulturraum GmbH ist ein Anfang.²⁹⁹

Auch eine Politikerin der Grünen aus dem Kulturausschuss möchte Räumlichkeiten, auch im öffentlichen Raum, für Künstler*innen schaffen.

Nach Corona müssen wir einiges verteidigen. Es kann nicht sein, dass wir in die 1990er Jahre verfallen. Frau Monika Grütters hat angekündigt, wenn die Pandemie vorbei ist, dann ist die Krise für die Kultur nicht vorbei. Kultur allgemein ist angreifbar. Wir müssen eine Resilienz entwickeln und in die Kunst investieren, um die Räume abzusichern. Deswegen sind mir die bespielbaren Plätze im Sommer so wichtig. Open-Air-Programme ziehen auch ein anderes Publikum an. Im Nachgang der Pandemie finde ich es enorm wichtig, Kultur in den öffentlichen Raum zu bringen.³⁰⁰

296 B 11.

297 B 11.

298 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2014): *BerlinStrategie – Stadtentwicklungskonzept 2030*, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen [online], https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungskonzept/download/strategie/BerlinStrategie_de_PDF.pdf [30.04.2021].

299 B 12; Kulturraum Berlin GmbH verbindet die Freie Szene mit der Immobilienwirtschaft, um Künstler*innen aus der Freien Szene mit mehr Räumlichkeiten, aber auch Raumkonzepten zu unterstützen.

300 B 13.

Trotz der Kritik an fehlendem Berichtswesen und Verbindlichkeiten scheint die Kulturpolitik einiges richtig zu machen, denn Berlins Kulturszene genießt allgemein einen sehr guten Ruf. Warum benötigt Berlin dann einen KEP, wenn die Kultur doch überschaubar gut funktioniert? Die Kulturpolitik verlässt sich u.a. auf die hohe Einspielquote, welche mit 23,9 % für sich spricht. Im Vergleich dazu liegt der Bundesdurchschnitt hier bei 16,48 %. Aber ist das ein ausreichender Indikator, ob eine Kulturentwicklung in einer Stadt wie Berlin funktioniert, oder hängt dies an anderen Faktoren: der demografischen Struktur der Stadt, den zahlungskräftigen und kulturaffinen Tourist*innen, den Stars auf den Bühnen? Zwar sind die Bewertungen der Kulturpolitik durch die Künstler*innen in den Interviews dieser Studie vielfach positiv ausgefallen, aber das hängt sehr oft von der Führungsebene ab. Ein Geschäftsführer oder künstlerischer Leiter eines öffentlichen Theaters mag begeistert sein, auf der anderen Seite ist die Stadtkultur in den vergangenen Jahren von schweren Leitungskrisen in den Theatern heimgesucht worden, wie die Diskriminierung im Theater an der Parkaue sowie die Machtübergriffe durch die Intendant*innen am Gorki und in der Volksbühne aufzeigen.³⁰¹ Anders sieht es in der Freien Szene aus, die um Finanzen, Informationen und Wahrnehmung kämpfen muss, die den öffentlichen Theatern ohne weiteres gewährt werden. Zwar schätzt der frisch gekürte künstlerische Leiter eines Kinder- und Jugendtheaters die Zusammenarbeit noch als positiv ein, aber bereits nach wenigen Monaten muss er den Finger in die erste Wunde legen: »Wir haben einen guten Draht zur Kulturpolitik. Ich versuche auch mit vielen Parteien im direkten Kontakt zu bleiben, nur mit der AfD nicht. Ich vermisse lediglich die schriftlichen Informationen, Berichte o. ä.«³⁰² Das fehlende Berichtswesen ist der Ursprung vieler Probleme. Werden Senat sowie die Abgeordneten der Parteien meist lobend hervorgehoben, wird die Verwaltung in einigen Punkten kritisch betrachtet. Während die vorige rot-rot-grüne Koalition auch viel für die Freie Kultur tue und Lederer als Verbündeter der Freien Szene gesehen wird,³⁰³ geben die wenigsten Interviewpartner*innen positive Rückmeldungen zur Kulturverwaltung. Auch die oben genannte Politikerin aus dem Kulturausschuss bewertet die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gut und sieht nur die personelle Zusammenarbeit mit der Verwaltung als sehr schwierig an:

Das Zusammenspiel mit den einzelnen Organisationen haben wir, glaube ich, sehr gut geregelt. In jedem Kulturausschuss haben wir einen aktuellen Punkt. Wir laden uns Gäste ein, wie z.B. LAFT, Tanzbüro, bildende Künste usw. Das ist eine gute Möglichkeit, in Gesprächen zu bleiben, die Situation anzuschauen. Wie gesagt, schwierig ist die Verwaltung. Berlin hat nicht die modernste Verwaltung.³⁰⁴ Sie selbst ist Mitglied der Grünen und befürwortet den partizipativen Ansatz. Die Politikerin möchte Kulturpolitik auf Augenhöhe machen. Das würde aber mit dieser Verwaltung nicht gelingen.

Ein Beispiel für die Berliner Kulturpolitik ist der Runde Tisch, der als partizipatives Instrument für die Entwicklung des Freien Tanzes etabliert wurde. Die im Abschlussbe-

301 Siehe die diversen Vorfälle vor allem des Jahres 2021, in verschiedenen Medien besprochen.

302 B 15.

303 B 16.

304 B 13.

richt vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen haben sich teilweise sogar im Haushalt widerspiegelt. Aber auch hier lief die Zusammenarbeit mit der Verwaltung sehr zäh. Die Politikerin merkte an, dass sich die Verwaltung mit einem partizipativen Ansatz schwertue. In diesen partizipativen Ansatz fällt auch das Monitoring solcher neuen Instrumente:

Mit dem Monitoring bei der Umsetzung der Aufgaben treffen Sie einen wunden Punkt. Die Umsetzung solcher partizipativen Projekte und das Monitoring ist reines Verwaltungshandeln, da ist sowas nicht vorgesehen, das müssen wir politisch quasi überwachen, [...], es muss regelmäßig darüber berichtet werden. [...] zeigt, dass dies ein struktureller Prozess, ein mehrjähriges Projekt ist. Dafür soll ein Konzept erstellt werden und wir müssen immer schauen, dass es zwischendurch nicht abbricht. Eigentlich müssten wir auch im Haushalt dafür Sorge tragen, dass das Konzept kontinuierlich ist, weil wir uns in der Kultur nicht erlauben können, dass wir Geld in den Sand setzen. Wir müssten eigentlich Beiräte einrichten, die das begleiten, und die Verwaltung stellt sich da noch quer.³⁰⁵

Auch wenn es um die Kulturentwicklungskonzepte geht, sieht die Politikerin die Probleme hauptsächlich bei der Verwaltung:

Wir Grünen führen die Kulturplanung immer an, halten das für unabdingbar, vor allem als Kulturhauptstadt. Aber die Verwaltung hat keinerlei Konzept. Die Stadt hat nicht mal ein Leitbild. Das halte ich für ein großes Problem. Die Kulturverwaltung sagt, das sei eine umfangreiche und vielfältige Aufgabe. Wir hoffen, dass wir da auch mitentscheiden können. Ich bin eine große Verfechterin der Kulturentwicklungsplanungen.³⁰⁶

Allgemein werden die Grünen in den einzelnen Künstler*inneninterviews durchweg positiv hervorgehoben. Auch die LAG Kultur der Grünen wird als Ansprechpartnerin wahrgenommen. Sie selbst sagt, dass Künstler*innen aus verschiedenen Sparten regelmäßig an deren Treffen teilnehmen würden. Es kämen viele neue freischaffende Künstler*innen, die die kulturpolitischen Aspekte bereichern und die sie mit in die Fraktion einbringen können. Einer der wichtigsten Punkte für die LAG ist schließlich die Stärkung der Freien Szene:

Die Grünen setzen sich sehr für die Freie Szene ein, besonders für das Beschaffen von Räumlichkeiten. Da schärfen wir auch mit. In der Stadtentwicklung muss Kultur als übergeordnetes Grundthema her.³⁰⁷

Aber nicht nur die Grünen sehen Verbesserungsbedarf bei der Verwaltung. Auch LAFT sagt, dass die Kulturverwaltung Personal benötigt für die vielen neuen Aufgaben, die schon längst anstehen würden. Ebenso sehen es die freien Künstler*innen, welche die Wichtigkeit von mehr und qualifizierterem Personal in der Verwaltung betonen: »Denn

305 B 13.

306 B 13.

307 B 8.

mehr Personal bedeutet bessere Juryentscheidungen.«³⁰⁸ Eine freie Künstlerin fragt sich, ob die Auswahl der Jurymitglieder nicht noch besser sein könnte, wenn die Juries personell aufgestockt werden würden. Sie würde sich wünschen, dass die Verwaltung und die Juries personell und finanziell besser aufgestellt werden, um bessere und treffendere Entscheidungen zu fällen.³⁰⁹ Generell schlagen die Interviewpartner*innen aus der Freien Szene vor, die Juryvorgänge aus anderen Branchen und Ländern anzuschauen. Ein Vorschlag besteht darin, z. B. eine Stelle als Förderreferent*in einzuführen. Sie würde sich mit Anträgen beschäftigen, sich mit den Künstler*innen treffen, an dem Antrag arbeiten, das Projekt unterstützen und durchsetzen.

Außerdem wurden weitere Instrumente für die Verwaltung vorgeschlagen, wie z. B. die Erstellung einer digitalen Datenbank, in der man die Portfolios der Künstler*innen oder der freien Gruppen hinterlegen kann. Dies könnte sehr hilfreich sein für die Künstler*innen, die sich wiederholt bewerben, denn die Organisations- und Verwaltungsarbeit bei den Projektanträgen ist für alle Seiten immens. »Wir brauchen ein Vereinfachungssystem! Ständig diese PDFs erstellen, das ist doch Wahnsinn und so ineffektiv. Auf einer Datenbank bei der Verwaltung könnte ich dann mein Profil updaten, dafür bin ich zuständig und die Verwaltung hat dann Zugriff darauf.«³¹⁰ Es fehlt folglich vor allem an einer offenen, flexiblen und regelmäßigen Kommunikation zwischen den Künstler*innen und der Verwaltung. Durch die hohe Dichte und Qualität der Künstler*innen in Berlin kommen viele Forderungen und Wünsche zusammen. Mithilfe von Instrumenten wie Kulturanalysen, Konzepten und KEP kann eine Verbindlichkeit und höhere Wertschätzung gegenüber den Künstler*innen entstehen. Dafür benötigt die Verwaltung ein sehr gut aufgestelltes, offenes und modernes Team.

5.3 Besonderheiten der Freien Szene

Förderproblematik und Lösungsvorschläge

Die über 300 freien Theatergruppen und Künstler*innen bilden einen wesentlichen Teil der Theaterszene in Berlin, die sie ästhetisch mitprägen. Die Freie Szene in Berlin wird unterstützt vom LAFT, der »die Interessen der professionellen freien darstellenden Kunstschaffenden Berlins gegenüber Öffentlichkeit und Politik« vertritt.³¹¹ Da die Kulturförderung des Landes der Freien Szene weniger als 20 % der gesamten Kulturausgaben zur Verfügung stellt, bemüht sich der LAFT um eine kontinuierliche Lobbyarbeit, damit das Ungleichgewicht der Berliner Kulturförderung zugunsten der Freien Szene verschoben wird. Die folgenden im Jahr 2009 verfassten Ziele gelten laut LAFT auch jetzt noch für die Arbeit des Landesverbands:³¹²

- Schaffung einer Grundlage für solidarische Formen der Vernetzung

308 B 17.

309 B 2.

310 B 17.

311 Der LAFT Berlin (o. D.): LAFT Berlin [online], <https://www.laft-berlin.de/laft-berlin/> [30.04.2021].

312 B 10.

- Stärkere Vernetzung der verschiedenen künstlerischen Sparten und ihrer gesellschaftspolitischen Interessenverbände
- Lobbyarbeit für eine breitere öffentliche und politische Wahrnehmung
- Engagement für Strukturveränderung
- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den kulturpolitischen Akteur*innen
- Etaterhöhung für die Freien Darstellenden Künste
- Innovative Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen für freie Kreativ- und Wissensarbeiter*innen

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Berlin zu einer Stadt der freien Künstler*innen entwickelt. Auf diese Entwicklung muss seitens der Kulturpolitik besser reagiert werden. Allerdings wird die Förderung der freien Künstler*innen in erster Linie im Projektbereich verortet und deswegen häufig direkt aus der langfristigen, institutionellen Förderung ausgeschlossen. Aufgelistet sind in dieser Übersicht die elementaren Förderprogramme des Landes Berlin.

Tabelle 18: Förderprogramme und -ergebnisse

	Einstiegsförderung	Einzelprojektförderung	Basisförderung	Förderung für Produktionsorte	Konzeptförderung
Förder-summe	Max. 15.000 €	Individuell: 2022: zwischen 15.000 € und 70.000 €	Individuell: 2021: zwischen 31.000 € und 200.000 € p. a.	Individuell: 2022: zwischen 30.000 € und 90.000 € p. a.	Individuell: zwischen 90.000 € und 280.000 € p. a.
Dauer	Einmalig	Einmaliges künstlerisches Vorhaben	2 Jahre	1 oder 2 Jahre	4 Jahre
Etat	118.390 €	1.162.830 €	1.468.000 €	243.382 €	2.680.000 €

Da keine Landeskulturplanung, kein Kulturentwicklungskonzept oder Ähnliches in Berlin vorhanden sind, fehlen die Motivation, der Wille und die Verbindlichkeit, auf die stattfindenden Veränderungen in der Freien Szene einzugehen und die bestehenden und überholten Förderinstrumente anzupassen, weiterzuentwickeln und zu reformieren. »Freie Gruppen werden finanziert und nicht gefördert«³¹³. Das sei der erste Gedankenfehler im deutschen Kulturfördersystem.³¹⁴ Diese Problematik der Projektförderung wird besonders deutlich am Beispiel einer erfolgreichen und bereits länger bestehenden freien Performancegruppe in Berlin. Laut dieser Gruppe nahmen die Schwierigkeiten der Förderstrukturen 2019 noch einmal deutlich zu, als von der Senatsverwaltung eine Änderung im Fördersystem vorgenommen wurde. Für freie

313 B 12.

314 Ebd.

Gruppen ist eine neue vierjährige Projektförderung entstanden, anstatt der vierjährigen institutionellen Förderung. Diese vierjährige Förderung nennt sich »Konzeptförderung in Berlin« (siehe Übersicht 3). Produktionshäuser oder freie Theaterhäuser bekommen allerdings weiterhin auch die institutionelle Förderung. Die vierjährige Konzeptförderung im Rahmen der Projektförderung geht in den Jahren 2020 bis 2023 an folgende Gruppen (alle Beträge in €):

Tabelle 19

	2020	2021	2022	2023
andcompany&Co.	180.000	180.000	180.000	180.000
Company Christoph Winkler	170.000	170.000	170.000	170.000
Das Helmi GbR	130.000	130.000	130.000	130.000
Eszter Salamon/Botschaft Gbr	120.000	120.000	120.000	120.000
laborgas GbR	120.000	120.000	120.000	120.000
machina eX	100.000	90.000	90.000	90.000
Novoflot GbR	280.000	280.000	280.000	280.000
Schad, Isabelle	90.000	90.000	90.000	90.000
Showcase Beat Le Mot	150.000	150.000	150.000	150.000
WILHELM GROENER	90.000	100.000	90.000	90.000
Gob Squad	235.000	235.000	235.000	235.000
Nico and the Navigators	500.000	500.000	500.000	500.000
Rimini Protokoll	270.000	270.000	270.000	270.000
She She Pop	245.000	245.000	245.000	245.000
Gesamt:	2.680.000	2.680.000	2.670.000	2.670.000

Quelle: Projektförderung Darstellende Künste und Tanz 2020-2023

Die o.g. renommierte Performancegruppe, um bei diesem Beispiel zu bleiben, ist seit Kurzem – statt weiterhin in der institutionellen Förderung – in der Projektförderung dabei, ohne dass nachvollziehbar war, warum. Die Rückstufung wurde erklärungslos von der Senatsverwaltung geliefert. »Das ist ein Skandal. Berlin ist da ein historischer Fehler passiert.«³¹⁵ Durch die frühere institutionelle Förderung hatte die Gruppe Vorteile z.B. in der Sichtbarkeit. Im Abgeordnetenhaus sei sie in Berichten neben dem Deutschen

Theater und der Volksbühne aufgetaucht. Sie haben durch ihre institutionelle Förderung unter anderem erfahren, wie viel Gehalt Mitarbeitende außerhalb der Freien Szene verdienen, und konnten einen riesigen Unterschied feststellen. Die vierjährige Projektförderung, die sie jetzt bekommen, sei nicht angemessen:

Für Gruppen, die lange bestehen und wie Betriebe funktionieren, kannst du nicht sagen: Ihr seid einfach ein Projekt und nach vier Jahren fällst du dann wieder heraus. Wir sind dadurch viel weniger flexibel, wir denken in Projektgeldern, du bist bevormundet und nach vier Jahren ist dann das Projekt beendet. Und dann musst du Fragen beantworten, wie z.B.: Wie würden Sie denn den Erfolg Ihres Projektes beschreiben? Und damit meinen sie [die Performancegruppe]!³¹⁶

Mit der vierjährigen Förderung könne die Gruppe nicht die Projekte bezahlen, obwohl es Projektförderung heiße. Pro Projekt stellen sie nun extra Anträge. Die Förderung sollte aber ursprünglich die Kosten ihrer Arbeit abdecken. So steht es auch in den Fördergrundsätzen: »Als Projekt gilt in der Regel die Produktion, Planung und Durchführung von einzelnen Veranstaltungen oder Veranstaltungskomplexen, z.B. Ausstellungen, Aufführungen, Symposien.«³¹⁷ Die Förderung der Performancegruppe deckt allerdings nur etwa 45 % des Bedarfs. Sie bräuchte also mehr als das Doppelte an Fördermitteln. Die vierjährige Projektförderung nutzt die Gruppe, um die strukturellen Kosten abzudecken – künstlerische Projekte sind damit nicht gefördert:

Wir bewerben uns also darum, dass wir diese vierjährige Konzeptförderung bekommen, um uns dann für jedes einzelne Projekt noch einmal jeder Jury vorzustellen. Beteiligte [der freien Gruppe] wissen von Jahr zu Jahr nicht, wovon sie leben. Mit dem Hauptstadtkulturfonds, der Bundeskulturstiftung, der Landes- und Bundesförderung gibt es einige Möglichkeiten der Förderung, allerdings kommen wir da ganz neuen, freien Gruppen in die Quere.³¹⁸

Durch die Konzeptförderung als Projektförderung hat die o.g. Gruppe, stellvertretend für viele der ersten renommierten freien Gruppen, also ein weiteres Dilemma. Sie treten in Konkurrenz mit Einsteiger*innen in der Einzelförderung. Der Gruppe ist bewusst, dass sie sich durch die Konzeptförderung im Vergleich zu den Einsteiger*innen in einer viel besseren Position befindet, weil sie eben verhältnismäßig gut gefördert wird. »Konzeptförderung ist ja eigentlich die größtmögliche Förderung, wir beantragen dann aber noch die Einzelförderung. Das problematische daran ist, dass das für uns wahnsinnig viel Arbeit generiert, die auch wieder bezahlt werden muss.« Und Gruppen der inzwischen Mittfünfziger müssten eben auch auf die Altersrente schauen. Die Mittel reichen, auch in Bezug auf die Rente oder Krankenversicherung, gar nicht aus. Die älteren Künstler*innen leiden unter der Krise am meisten:

Wenn wir unsere Rentenbescheide anschauen, ist das ein Armutszeugnis. Danach wird gar nicht geschaut oder die Honoraruntergrenze wird nicht eingehalten. Auch die Ab-

316 B 6.

317 Projektförderung Darstellende Künste und Tanz 2020–2023.

318 B 6.

sicherung von Krankheit wird gar nicht mitbedacht. Wir kommen eigentlich nur so gut aus, weil wir eine Solidargemeinschaft sind. Es liegt nicht an der Förderung, sondern an unserer Struktur. Wir versuchen innerhalb unserer Gruppe eine Form von Solidarität zu schaffen. Wir blicken mit Sorge in die Zukunft, was da so kommt. Einige von uns kriegen Rentenbescheinigungen mit 600 bis 700 Euro. Wie gehen wir damit um?³¹⁹

Eine weitere freie Performancegruppe aus Berlin beklagt die gleichen Probleme: »Vom Status her kommen wir vom projektbasierten Arbeiten. Aber wir haben uns zu einer Institution hin entwickelt. Auch die Biografien der Künstler*innen sprechen dafür.« Die Gruppe macht sich ebenfalls Sorgen um Sabbatzeiten und die Alterspension. »Was ist, wenn wir mal eine Auszeit brauchen? Wir wünschen uns da andere Fördermaßnahmen.«³²⁰ Auch sie waren zunächst seit 2015 in der Konzeptförderung, die als institutionelle Förderung durchgeführt wurde. Durch die angesprochene Änderung der Verwaltungsrichtlinien landen sie jetzt ebenfalls wieder in der Projektförderung: »Projektförderung – sie kriegt man oder nicht und wir konkurrieren da wieder mit Einsteiger*innen.«³²¹ Die Verwaltung entscheidet wieder alle vier Jahre, wer die Förderung bekommt und wer nicht, indem sie Jurys einberuft. Diese Performancegruppe würde sich wünschen, dass es die Option der institutionellen Förderung weiterhin gibt. Denn:

Das Geld reicht nicht für Projekte. Die Förderung ist für die Basisarbeit, doch es reicht selbst dafür nicht. Touringelder kommen da noch für die Basisarbeit dazu. Für die neuen Projekte müssen wir nochmal eine Runde durch die Projektförderanträge – und wenn wir das nicht bekommen, dann haben wir nur die finanzielle Unterstützung für die Basisarbeit. Wir können unsere Gruppe aber nicht mit neuen Projekten arbeiten lassen und dann haben wir nichts zum Touren, wir könnten schnell leerlaufen.³²²

Für ihren Haushalt heißt das also: 33 % deckt die Konzeptförderung, 33 % oder mehr deckt das Touring und 33 % werden von Projektförderungen und Koproduktionsgeldern übernommen. Sie würden gerne mehr EU-Gelder beantragen und erhalten, nur stellt sich auch hier die Frage nach der Nachhaltigkeit: »Muss ich jetzt wirklich für drei Vorstellungen dahinfliegen? Aber Touring ist auch Einkommen und es wird immer härter, mit dem Alter das Touring aufrechtzuerhalten.«

Die Konzeptförderung muss schlussendlich erhöht werden, damit die lang existierenden Gruppen finanziell abgesichert arbeiten können. Eine Forderung der AG Konzeptförderung ist deshalb unter anderem, dass altersgerecht und erfahrungsgerecht gezahlt werden kann. Zudem müssen die Gagen endlich vergleichbar sein mit den Gehältern im TVöD in Einstufungen vergleichbarer Qualifizierung und Anciennität. Eine Performerin der freien Gruppe sagt dazu:

Ich wäre eigentlich E13 TVöD. Wenn ich jetzt meine Aufgaben berücksichtige, wie viel Budget ich verwalte, mit wie vielen Personen ich arbeite, wie lange ich das schon mache, müsste ich in Stufe 5 eingruppiert werden. Niemand von uns wird auf diesem Le-

319 B 6.

320 B 5.

321 B 5.

322 B 5.

vel bezahlt. Wir sind weit davon entfernt. Die Forderung ist also, die Bezahlung auf ein vergleichbares Level wie TVöD anzuheben und so eine Vergleichbarkeit zu schaffen.³²³

Nicht nur die freien Gruppen ohne Haus, auch die Produktionshäuser schätzen sich zwar glücklich, die institutionelle Förderung zu bekommen, haben aber auch Probleme mit der Konzeptförderung. Die Intendantin eines großen Produktionshauses in Berlin äußert sich zunächst positiv:

Wir haben das theoretische Glück gehabt, dass wir es letztes Jahr von der Basisförderung in die Konzeptförderung geschafft haben. Das hat uns ermöglicht, unter besseren Bedingungen zu arbeiten und Honorarmitarbeiter*innen nicht nur knapp über der Schamgrenze zu bezahlen.³²⁴

Sie führt weiter aus, dass sie jedoch immer Drittmittel dazu beantragen müssten, da das Geld für die Menge des Programms nicht reiche. »Die Mittel vom Land sind für unsere Infrastruktur und für einen Teil des Programms. Ich habe hart dafür gearbeitet, dass wir für die Zukunft strukturell besser dastehen. Wir bekommen ca. 8,6 Mio. € vom Land Berlin und dazu ca. 13 Mio. € Projektmittel.«³²⁵ Für die Intendantin ist die Projektförderung generell der falsche Weg. Man müsse aber mehr Leute für vier Jahre bezahlen, damit sie wirklich arbeiten können. Auch sie plädiert deshalb für die institutionelle Förderung. Was solle man denn mit 40.000 € in der Basisförderung erreichen? Die Beiträge seien viel zu klein.

She She Pop bekommt z.B. 300.000 € in der Konzeptförderung. Das reicht nicht. Die Förderung ist zu kleinteilig gedacht. Es müssten dann weniger Künstler*innen gefördert werden. So können diejenigen, die die Förderung bekommen, ordentlich bezahlt werden. Das ist zwar ein Tabu, aber das muss man doch umverteilen. Für die Freie Szene ist eine strukturelle Förderung total wichtig. Sogar *Gob Squad* hat Existenzsorgen. Wie sollst du da kreativ arbeiten? Mehr Geld, weniger Künstler*innen.³²⁶

Ein weiteres Thema betrifft die Nachhaltigkeit der Produktionszyklen. Die Freie Szene erarbeite oft Produktionen mit nur vier Vorstellungen, um den Produktionstakt hochzuhalten, weil nur auf diesem Wege ausreichend Projektmittel fließen, die das Leben sichern. Man könne aber gerade mit mehr Vorstellungen ein viel breiteres Publikum erreichen:

Zu unseren Vorstellungen sind viele Freunde gekommen und erst nach den ersten Vorstellungen kommt irgendwann anderes Publikum. Wenn wir weniger produzieren müssten, dann können wir weniger, aber vielleicht länger spielen. Da entwickelt man eine andere Verbindung zum Publikum. Klar, man hat vielleicht nicht die Spannung und man fragt sich, wo kommt die Innovation her? Das müsste man alles einmal ausprobieren. Wir könnten dafür noch eine Bühne dazu bekommen und anders spielen.³²⁷

323 B 5.

324 B 1.

325 B 1.

326 B 1.

327 B 1.

Auch freie Künstler*innen, die keine Konzeptförderung erhalten, beklagen die Projektförderung. Die Förderung sei produktorientiert und die Arbeit würde nicht entlohnt, vor allem nicht die Arbeit für die Antragstellung der Projektförderung. »Diese ganze Vorarbeit! Da habe ich Vollzeit, zwei Monate, vorzuarbeiten. Finanzpläne erstellen, Technik Rider vorbereiten usw. Das ist richtig viel unbezahlte Arbeit«, meint eine freischaffende Performerin.³²⁸ Da lohne sich der Aufwand für den Betrag manchmal nicht mehr. Trotzdem bleibe durch die projektbezogene Förderung ein ständiger Produktionsdruck bestehen.

In den Interviews mit der Freien Szene wurde besonders der Wunsch nach mehr Stipendienprogrammen als Alternative zur Projektförderung deutlich. Diese seien einfach zu beantragen und viel nachhaltiger. Die Kulturverwaltung des Landes Berlin meint jedoch, dass Stipendien eher auf kommunaler Ebene verankert sind.³²⁹ Positiv herauszustellen ist jedoch, dass 2020 ein Stipendienprogramm mit 18 Mio. € vom Senat für Kultur und Europa beschlossen wurde. 2.000 Stipendien mit bis zu 9.000 € monatlich konnten angefragt werden. In den Interviews wurden diese Stipendien von Freischaffenden begrüßt. Sie wünschen sich auch nach der Pandemie ein weiterführendes Programm.

Vernetzung von öffentlichen Einrichtungen und der Freien Szene

»Die ewige Dichotomie: Freie Szene und Stadttheater«, so beschreibt ein Künstler einer Performancegruppe, die von den Kooperationen mit Stadttheatern lebt, dieses Verhältnis.³³⁰ »Das Problem ist nur, das Stadttheater ist vor 40 Jahren stehengeblieben. Das Ensemble Netzwerk ist die Zukunft. Die Stadttheater sind wie Steinkirchen.«³³¹ Durch den großen Unterschied zwischen der Freien Szene und den öffentlichen Theatern wird die Zusammenarbeit als sinnvoll, aber auch als eine Herausforderung gesehen.

Staatliche Häuser haben entdeckt, dass da ein interessanter Prozess ist. Die wenigsten freien Gruppen lehnen es ab, weil sie Geld bekommen. Aber das Haus ist dann oft der Produzent der Freien Gruppe und versucht, alles an Geld behalten zu wollen. Freie Gruppen sind an Unterfinanzierung, nicht aber an Fremdbestimmung gewöhnt. Die Kulturpolitik wünscht sich die Zusammenarbeit sehr, dann braucht sie nicht mehr Geld für das freie Produzieren aufbringen. Da steckt Potenzial drin.³³²

Allerdings kenne sich die Kulturpolitik für diesen Prozess der Zusammenarbeit viel zu wenig mit der Freien Szene aus. »Doppelpass hat erst einmal schon als Entwicklungshilfe funktioniert. [...] Die Staatsministerin Grütters hält eine Rede im HAU [Hebbel am Ufer – Produktionshaus]. Die ist die höchste Instanz, was die Kulturpolitik betrifft, und sie hat keine Ahnung, was die Freie Szene macht.«³³³ Laut der Webseite der Kulturstiftung des Bundes (KSB) werden vom Fonds Doppelpass Kooperationen zwischen der Freien Szene

328 B 17.

329 B 9.

330 B 18.

331 Ebd.

332 B 10.

333 B 18.

und öffentlichen Theatern über zwei Jahre gefördert.³³⁴ Wenn also die Kulturpolitik die Strukturen und die Vielfalt der Freien Szene erkennt und versteht, kann die Zusammenarbeit von Freier Szene und öffentlichen Theatern von kulturpolitischer Seite viel stärker unterstützt und gefördert werden. Doppelpass kann als Zugpferd gesehen werden: »Das Stadttheater kann von der Freien Szene lernen, und wenn die Freie Szene Zugriff auf die Apparate und die Möglichkeiten der öffentlichen Theater (Räumlichkeiten, Technik usw.) hat, können ganz andere Dinge entstehen.«³³⁵ Sobald von der Kulturpolitik der Doppelpass ausgeweitet wird und die Theater zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit der Freien Szene bewegt werden, entsteht automatisch eine Öffnung der Theater. »Stadttheater müssen sich mit den Verträgen in der Freien Szene auseinandersetzen. Sie müssen sich damit beschäftigen, wie die Freie Szene arbeitet. Das ist immer noch selten.«³³⁶ Nicht nur freie Gruppen und Künstler*innen wünschen sich mehr Vernetzungen, auch ein freies Theater in Berlin würde gerne von mehr Kooperationen profitieren:

Die Freie Szene ist am offensten. Wir haben da ganz viele Kooperationen, die sind offen für alles. Wir haben auch mal Kooperationen mit größeren Theatern, das läuft dann aber eher so ab, dass Teile des Ensembles in größeren Theatern mitspielen. Aber da würde mehr gehen.³³⁷

Kooperationen können besonders in Zeiten der Krise der Freien Szene zugutekommen. Die o.g. Politikerin der Grünen aus dem Kulturausschuss möchte diese Zusammenarbeit unterstützen:

Institutionen müssen sich jetzt solidarisch zeigen und mit den freien Gruppen und den Solo-Selbständigen Auftrittsmöglichkeiten schaffen, das wünschen wir uns sehr. Das wäre eine gute Möglichkeit. Wie z.B. das Konzerthaus. Das Haus stellt seine Räumlichkeiten für freie Gruppen zur Verfügung, eine Jury sucht dafür Gruppen und Einzelkünstler*innen aus und das Konzerthaus leistet den Beitrag der Technik und Räume und die Einnahmen bleiben bei den freien Künstler*innen.³³⁸

Denn gerade die öffentlichen Theater können durch ihre institutionelle Förderung auch Krisenzeiten gut und bequem überbrücken, wie der Geschäftsführer der Stiftung Oper stolz bestätigt:

Das Land fördert uns mit 165 Mio. €, und der Bund mit zehn Mio. €. Die kommen bei der Stiftung an. Wir sind ausreichend finanziert. Das Problem besteht jetzt nur in den Einbußen der Einnahmen, eigentlich 58 Mio. €, aber das Geld erhalten wir über das Instrument Kurzarbeit. Also wie gesagt, wir haben keine finanziellen Probleme. Keiner muss sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz machen.³³⁹

334 KSB (2021): Kulturstiftung des Bundes. <https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/stiftung.html> [20.05.2021].

335 B 18.

336 B 4.

337 B 16.

338 B 13.

339 B 14.

5.4 Exkurs: Die Landschaft der Darstellenden Künste des Bundeslandes Brandenburg

Das Land Brandenburg muss mit der Hälfte des Berliner Haushalts auskommen. So stehen dem Nachbarbundesland rund 15 Mrd. € im Jahr 2021 zur Verfügung.³⁴⁰ Auch die öffentlichen Ausgaben für Kultur liegen mit 100,98 € pro Einwohner*in deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (138,21 €). Trotz dieser niedrigen Werte hat sich besonders die freie Theaterszene in Brandenburg in den letzten Jahren gut entwickelt. So haben die freien Theater laut Landesverband 2019 ein Drittel aller Zuschauer*innen im Bereich der Darstellenden Künste erreicht.³⁴¹ Für 2021 konnte sich die Freie Szene deshalb 1,5 Mio. € an finanzieller Förderung sichern. Allerdings steht die Kulturpolitik, ähnlich wie in Berlin, in der Kritik, die Freie Szene immer nur jährlich befristet zu unterstützen.

2012 hat sich die Kulturpolitik intensiv mit der Kulturförderung auseinandergesetzt und eine kulturpolitische Strategie für das Bundesland entwickelt und 2020 in einem Bericht publiziert. So zeigt der Bericht, dass 2019 der Etat des Kulturressorts erstmals 168,8 Mio. € betrug.³⁴² 2019 konnte das Kulturministerium erstmals eine langfristige Sicherung der Theater- und Orchesterlandschaft erreichen und auch der Finanzierungsanteil an den Institutionen konnte erheblich erhöht werden. Aus dem Bericht wird deutlich, dass sich die Kulturpolitik das Umdenken und Umstrukturieren der Fördersystematik als Ziel gesetzt hat.

Aus der kulturpolitischen Strategie und aus dem Entwicklungsbericht spiegelt sich ein großes Interesse der Politik Brandenburgs an seiner Kultur wider. Allerdings erhält die Freie Szene in diesen Berichten zu wenig Aufmerksamkeit. Es wäre deshalb wichtig, gemeinsam mit den Künstler*innen und mit dem Landesverband der Freien ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Kulturentwicklungskonzept für die nächsten Jahre zu gestalten. Der Landesverband der Freien Szene genießt laut Geschäftsführung einen hohen Stellenwert in der Kulturpolitik und wurde bereits in Koalitionsverträgen in Brandenburg erwähnt.³⁴³ Im Jahr 2013 wurden die Fördergrundsätze verfasst und seither wurde die Fördersumme für die Freie Szene in Brandenburg erhöht. Für das Jahr 2021 stellte das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur unter Manja Schüle (SPD) 1,5 Mio. € zur Verfügung. Mit dem Ministerium, den Politiker*innen und der Verwaltung herrschen ein Austausch und ein Diskurs auf Augenhöhe. »Wir erleben keine Form von Ablehnung der Kommunikation. Wir arbeiten mit einer belastbaren Kulturpolitik und Verwaltung.«³⁴⁴ Das strategische und kontinuierliche Arbeiten habe den Landesverband zu einem gleichberechtigten Partner gemacht.

340 BÜCHNER, Gerold (2020): *Landtag verabschiedet Brandenburger Haushalt für 2021*, Landtag Brandenburg [online], [https://www.landtag.brandenburg.de/de/aktuelles/aktuelle_meldungen/landtag_verabschiedet_brandenburger_haushalt_fuer_2021_\(17.12.2020\)/979790](https://www.landtag.brandenburg.de/de/aktuelles/aktuelle_meldungen/landtag_verabschiedet_brandenburger_haushalt_fuer_2021_(17.12.2020)/979790) [06.06.2021].

341 B 19.

342 MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KULTUR (2019): *Brandenburg. Das Kulturland. Entwicklung 2014–2019*, Land Brandenburg [online], <https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kulturbericht.pdf> [08.06.2021]. 8.

343 B 19.

344 B 19.

Wir befinden uns in der Auseinandersetzung mit der Kulturpolitik und der Verwaltung nicht mehr in einer Anfangssituation. Wir sind nicht mehr wegzudenken und fordern immer, dass die Freien Theater bessergestellt werden, was auch im letzten Koalitionsvertrag steht. Wir fordern eine Institutionalisierung. Theater, die seit zehn, 20, 30 Jahren existieren, müssen aus der Projektförderung heraus. Diese Verstetigung von Förderung ist ein wesentlicher Teil unserer Arbeit.³⁴⁵

Die Forderung hier, wie in Berlin, lautet, dass langfristig arbeitende Theater einen anderen Status erhalten sollen und bei Antragssituationen nicht wie Neustarter behandelt werden. Eine institutionelle Förderung muss von der Kulturpolitik ins Leben gerufen werden, denn bei der Projektförderung sind die finanziellen Beträge für die Arbeit der freien Theater und die Bezahlung der Künstler*innen nicht angemessen. »Die Förderung muss so hoch sein, dass während der Durchführung die Beteiligten ihren kompletten Lebensunterhalt von diesem Projekt bestreiten können. Selbst die Mindesthonoraruntergrenze wird nicht eingehalten.«³⁴⁶

Wenn es um Zukunftsfragen geht, begleite die Kulturpolitik und Verwaltung den Landesverband allerdings überhaupt nicht.³⁴⁷ Mit nur 1,5 Mio. € könne die Freie Szene in Zukunft nicht arbeiten. Im Landesvergleich erhalten sie nur 5 % der Landestheaterförderung, trotz eines Drittels der erreichten Zuschauer*innen und trotz der Bespielung in Regionen, in die ein Stadt- oder Staatstheater nicht geht.³⁴⁸ In Zukunft fordert der Landesverband deshalb 10 % der Theaterförderung, was angesichts der großen Leistungen eher noch bescheiden erscheint, dennoch ein riesiger Schritt in die richtige Richtung wäre. Der Landesverband hofft jetzt auf die neue Ministerin Manja Schüle, die dem Landesverband sehr gewogen sei. Positiv hervorzuheben bei den Zukunftsplänen für die Politik ist die NEUSTART-KULTUR-Förderung. Durch dieses Förderprogramm kann der Landesverband gezielt an die Landkreise herantreten, Ansprechpartner*innen vor Ort suchen und Theaterspielorte gestalten. Der Landesverband fordere dann die Mitglieder, die auf Tournee gehen, auf, sich mit diesen Orten auseinanderzusetzen. »Wir wollen drei Akteursgruppen zusammenbringen: die verantwortlichen Kulturpolitiker*innen in den Landkreisen, die bisher existierenden und neu zu entdeckenden Orte in den Landkreisen und die tournee- und gastspielbereiten Theaterschaffenden.«³⁴⁹

Auch ein Stadttheater im Bundesland Brandenburg betont die sehr gute und enge Zusammenarbeit mit der Kulturpolitik.³⁵⁰ Die Ministerin wird hier ebenso positiv hervorgehoben. Sie unterstütze die Theater, lädt zu Telefonkonferenzen ein und informiere alle Beteiligten transparent. In Zukunft soll die Zusammenarbeit ausgeweitet werden. Dazu werden regelmäßige Fortbildungen und Workshops angeboten, in denen die Prozesse evaluiert werden. Das Stadttheater und die Vertreter*innen der Kulturpolitik stellen dabei Thesen für die Stadtgestaltung auf und formulieren Fragen zur Sichtbarkeit

345 B 19.

346 B 19.

347 B 19.

348 Ebd.

349 B 19.

350 B 20.

und Relevanz des Theaters. Dabei achten sowohl die Kulturpolitik als auch das o.g. Stadttheater darauf, solidarisch vorzugehen und nicht die Freie Szene gegen die Hochkultur auszuspielen, so die Geschäftsführung des Theaters.³⁵¹ Auch die Kulturverwaltung möchte in Zukunft eine stärkere Vernetzung von Politik, öffentlichen Einrichtungen und der Freien Szene erreichen. Um eine Strategie zu erstellen, könne man die verschiedenen Stellschrauben der Politik nutzen, so ein Referatsleiter.³⁵² Mithilfe der vielen Verbände möchte die Verwaltung weiterhin intensive Kulturentwicklungsgespräche führen, um erst einmal eine realistische Bestandsaufnahme zu erreichen und von da an Konzepte zu entwickeln. Dafür gäbe es auch verschiedene Arbeitskreise von der kommunalen Kulturverwaltung bis hin zu regionalen Kulturkonferenzen. Die Landeskulturverwaltung habe mit der kommunalen Kulturverwaltung eine sehr dichte Vernetzung.³⁵³ Jetzt benötigt die Kulturpolitik nur ein strategisches Konzept, um diese Informationen innovativ zusammenzuführen, für die Entwicklung einer zukunftsfähigen und nachhaltigeren Theaterlandschaft. Die Erwartungshaltung an die neue Ministerin ist groß.

5.5 Warum gibt es keine Landeskulturplanung in Berlin?

Warum gibt es keine Landeskulturplanung in Berlin? Die Kulturpolitik sieht die Kulturlandschaft in Berlin offensichtlich als Selbstläufer. Berlin als international renommierte und anerkannte Kulturstadt ruht sich darauf aus, attraktiv für viele Künstler*innen zu sein, die hier leben, produzieren und ihre Arbeiten zeigen möchten. Um die besondere strukturelle und kulturelle Situation in Berlin nachhaltig und zukunftsorientiert zu organisieren und zu entwickeln, benötigt Berlin eine Landeskulturplanung, weil ein riesiger Kulturapparat mit drei Staatsopern, fünf großen Schauspielhäusern, zahlreichen Produktionshäusern, freien und privaten Bühnen und einer Vielzahl sehr renommierter, erfahrener freier Gruppen wie auch sehr junger Künstler*innen, die gerade am Berufsanfang stecken, ansonsten nicht nur unbeherrschbar, sondern auch unübersichtlich in seinen Entwicklungen und Sonderwegen wird. Zudem ist die finanzielle Balance zwischen den verschiedenen Bereichen alles andere als gerecht und ausgewogen.

Es existiert bereits ein Stadtentwicklungskonzept bis zum Jahr 2030, in dem aufgrund einer Ist-Analyse Berlins von 2013 die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung aufgezeigt werden.³⁵⁴ Das Konzept steht unter dem Motto »Miteinander Stadt gestalten«. Die Schwerpunktsetzungen dieses Konzepts liegen aber auf der wirtschaftlichen Profilierung, der Hauptstadtfunktion, dem sozialen Zusammenhalt, dem Klimawandel und der Energiewende.³⁵⁵ Der Kulturbereich mit den zahlreichen Künstler*innen wird in diesem Entwicklungskonzept wenig berücksichtigt und die gesellschaftspolitische Relevanz wenig wertgeschätzt. Insbesondere um den

351 B 20.

352 B 21.

353 Ebd.

354 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2014): *BerlinStrategie – Stadtentwicklungskonzept 2030*, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen [online], https://www.stadteentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungskonzept/download/strategie/BerlinStrategie_de_PDF.pdf [30.04.2021].

355 Ebd.

Stellenwert innerhalb der Politikfelder und die herausragende Bedeutung der Kulturlandschaft, wie der Theater, in Berlin widerzuspiegeln, muss die Kulturpolitik ein Landeskulturkonzept erstellen. Die Politiker*innen müssten sich dann intensiv mit der Freien Szene auseinandersetzen und die Förderung neu strukturieren. Im Fokus dieses Konzepts muss die Frage stehen: Wie können die freischaffenden Künstler*innen besser unterstützt werden? Wie können Projekte langfristig gesichert werden?

Die Kulturpolitik kann eine Plattform für die freie Theaterszene schaffen, die Entwicklungen in den kommenden Jahren dokumentieren und die Fördermittel sowie die Richtlinien entsprechend anpassen. Wie können die Mittel generell effizienter eingesetzt werden? Braucht Berlin drei große Opernhäuser? Diese und weitere Fragen müssten in einer offenen Diskussion gestellt werden. Es darf keine Denkverbote geben, denn Berlin braucht neue und innovative Konzepte für alle Kulturschaffenden der Stadt, und gleichberechtigt auch der freien Künstler*innen. Wie in den Interviews deutlich wurde, fehlen vor allem Gerechtigkeit, Transparenz und Verbindlichkeit. Diesem Wunsch kann mit Kulturkonzepten und Berichtswesen nachgegangen werden.

Die Kulturpolitik ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe für Berlin. Die rot-rot-grüne Koalition konnte bereits vieles ermöglichen, weswegen vielleicht auch die Ansprüche der Interviewpartner*innen weiterhin so hoch sind. Wie Dr. Klaus Lederer in einer Pressemitteilung, der letzten seiner ersten Amtszeit, vom 23. Juni 2021 positiv hervorhebt, konnte der Kulturhaushalt um ein Drittel gesteigert werden. Diese Entwicklung lässt hoffen auf weitere wichtige Veränderungen und Verbesserungen in der Kulturpolitik.

Denkanstöße

»Für Berlin ist der Zeitpunkt gekommen, sich neu zu sortieren und das Verhältnis von spezifischen und allgemeinen Förderprogrammen zu differenzieren«, so u.a. der LAFT.³⁵⁶ Um eine Umstrukturierung des Fördersystems zu erreichen, müssen Bestandsaufnahmen der Freien Szene in die Wege geleitet werden. Die Kulturpolitik benötigt einen beständigen Runden Tisch, um zu erheben, was es für eine Theaterlandschaft außerhalb der öffentlichen Theater gibt. Es sind viele neue Strukturen innerhalb der Freien Szene gewachsen, die man nicht durch Projekte oder eine spezielle Institution kategorisieren kann. Die Kulturverwaltung dagegen behauptet, sie habe einen »ganz guten Überblick« über die Bedarfe und freut sich über die vielen Bewerbungen für das 18 Mio. € umfassende Sonderprogramm des Senats. Darauf hinweisend meint ein*e freie*r Künstler*in, dass durch dieses Sonderprogramm der Kulturpolitik das erste Mal bewusst wurde, wie vielfältig die Szene ist und wie wenig die Politiker*innen davon wissen.

Die Vielfalt soll sich abbilden in der politischen Kulturlandschaft. Man soll sich nicht immer erklären müssen, warum man um Gelder fragt, dass es andere Arbeitsweisen in der Freien Szene gibt und dass diese auch zur Kulturlandschaft gehört. Wir arbeiten ja auch für die Gesellschaft, das ist zukunftsfähiges Arbeiten. Diese Arbeitsweisen sollen Einzug finden in die Förderbudgets. Was brauchen die Politiker*innen, damit

man nicht das Gefühl hat, bei null anzufangen. Vielleicht braucht es neue Leute in der Politik? Ich wünsche mir mehr Anerkennung und dass wir nicht eine Erscheinung sind. Die Freie Szene macht genauso einen Anteil aus, wie die Institutionen, die wir kennen, wenn nicht noch mehr.³⁵⁷

Die Kulturverwaltung muss also tiefer in die Freie Szene eintauchen. Um dies zu tun, benötigt sie mehr Personal, auch bei den Jurys. Ein Vorschlag, der öfter in den Interviews gemacht wurde, ist, Beiräte einzurichten, diese zu unterstützen und nicht nur zu kontrollieren. Mit mehr Personal können Projekte besser begleitet und Förderstrukturen umgestellt werden. Die Akteur*innen der Freien Szene haben in den Interviews sehr offen über ihre Vorschläge und Ideen zur Umstrukturierung gesprochen. Sie haben genaue Vorstellungen und Forderungen, wie z.B. eine ernsthafte Honoraruntergrenze in der Förderung, die Anwendungen von Tarifen und eine tarifgerechte Bezahlung in den freien Strukturen. Wenn vonseiten der Kulturpolitik ein Umdenken stattfindet und der Freien Szene mehr Würdigung zugesprochen wird, kann eine gute Zusammenarbeit entstehen. Durch die Interviews wurde klar, dass sich die Freie Szene eine intensivere Auseinandersetzung wünscht. Sie möchten bei der Gestaltung der Zukunft der Kulturpolitik dabei sein, berücksichtigt werden und helfen. Die Kulturpolitik muss also Gespräche führen, Wünsche berücksichtigen und Ideen und Vorschläge ernsthaft analysieren. Die Verbände, vor allem aber die Künstler*innen selbst können in der Kommunikation unterstützen und einen Kulturentwicklungsplan für Berlin federführend mitgestalten.

6 Erkenntnisse und ein Blick in die Zukunft

6.1 Erkenntnisse

Da alle vier Bundesländer über strukturelle Besonderheiten verfügen und dennoch exemplarisch sind für andere, vergleichbare Bundesländer, wurde uns schnell klar, dass die Ausgangsbedingungen für die Förderung von Kunst und Kultur, deren Planung und Entwicklung jeweils verschieden voneinander sind und ganz verschiedene Konzepte erfordern. Diese Tatsache hat uns jede unserer Erkenntnisse und Resultate vor diesem Hintergrund diskutieren und einordnen lassen, um so ein Flächenbild über den Einsatz dieser Instrumente in der Bundesrepublik und ihren nachgegliederten Territorialverwaltungen, den Bundesländern und Kommunen, zu erhalten.

Die wohl wichtigste Erkenntnis dieser vier Teilstudien ist, dass jedes Bundesland über ein unterschiedlich ausgerichtetes Instrumentarium verfügt, das nur in seltenen Fällen sicherstellt, dass auf die Besonderheiten und die Bedürfnisse der Künstler*innen eingegangen oder darauf reagiert wird oder entsprechende Maßnahmen zu ihrer Verbesserung ergriffen werden.

In jedem Bundesland sind im vorhandenen Planungs- und Förderinstrumentarium Schwächen zu verzeichnen. Die angewendeten Instrumente zeugen oftmals von einer Unkenntnis der Arbeits- und Lebenssituation der Künstler*innen, aber auch der

357 B 5.